

„Wir haben keinen Staat zu errichten!“*

Sarah Baukelmann

Mit diesem Satz plädierte ein Politiker, dessen Einwirkung wir bis heute als ein Privileg genießen dürfen, am 08. September 1948 im Parlamentarischen Rat - erst eine Woche nach deren ersten Sitzung - für die Umsetzung uns völlig selbstverständlicher Umstände: Gewaltenteilung, inklusive gegenseitiger Kontrolle, die Abschaffung der Todesstrafe, nachdem das NS-Regime über Deutschland gewütet hat, ein konstruktives Misstrauensvotum, das einen direkten Nachfolger bestimmt und keinen Leerlauf zulässt im Anschluss an die unbeständigen politischen Verhältnisse in der Weimarer Republik, und viele weitere Errungenschaften.

Wenn man an den Erlass des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949, denkt, verbindet man diesen eher mit dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer oder dem Bundespräsidenten Theodor Heuss, vergisst jedoch den Oppositionsführer und ebenso wichtigen Mitarbeiter am Grundgesetz: *Karl Johann Martin Heinrich Schmid*. Er war insgesamt 23 Jahre im Bundestag und gehörte ab 1947 bis 1952 dem Landtag Württemberg-Hohenzollern/Baden-Württemberg an. Doch seine politischen Aktivitäten beliefen sich nicht nur auf seine gravierende Rolle in den höchsten Gremien, sondern gingen auch über den deutschen Horizont hinaus. Die Idee, auf die Schmid hinarbeitete, hieß Europa. So veröffentlichte er 1949 in der Deutschen Rundschau einen Artikel unter anderen mit dem Titel „Europa als nationale Aufgabe“¹. Bilingual von seiner französischen Mutter erzogen spielte dieses Thema schon aufgrund der eigenen Biographie für ihn eine entscheidende Schlüsselrolle. Dies nicht zuletzt wegen seiner Verwurzelung in der europäischen Kulturgeschichte, die sein konstitutives Bildungserlebnis gewesen zu sein schien². Sein Engagement spiegelte sich in seinen Bemühungen um die Vereinigungen der Staaten von Europa³ durch seinen stetigen Kontakt nach Frankreich aber auch in den Osten zur Sowjetunion wider. Schmid wusste, dass unter den gegebenen politischen Verhältnissen ein Europa als dritte Kraft zwischen den Blöcken nicht mehr als eine Vision sein konnte, deren Realisierung er jedoch Schritt für Schritt den Weg ebnen wollte. Dass er, wenn er von einem vereinten Europa sprach, ein freiheitliches, ein demokratisches Europa meinte, braucht bei einem Mann, der sich der Tradition des europäischen Humanismus verbunden wusste, nicht eigens betont zu werden⁴. Doch nicht allein sein Streben nach einem europäischen föderativen Bundesstaat - keinem Staatenbund⁵ -

und auch sein innenpolitisches Engagement ist bis heute erkennbar: sein Wirken als Verfassungsvater, der durch seine Forderung eines Katalogs zentraler Menschen- und Bürgerrechte mehr als nur einen Diskussionsvorschlag im Ausschuss am 29. April 1946 und am 28. Mai 1946 auch dem Plenum im vorbereitenden Verfassungsausschuss vorlegte, gab Anlass für die verfassungstheoretische Diskussion⁶.

Carlo Schmid war neben seinen unzähligen politischen Ämtern und Aufgaben - wie vielen unbekannt - auch Jurist und Dozent an der Universität Tübingen, seiner alma mater, an dessen Wiedereröffnung er nach dem zweiten Weltkrieg beteiligt war.

Doch wie kam es dazu? Wie kam es, dass ein gebürtiger Franzose mit einer französischen Mutter, das Abitur in Deutschland absolvierte und anschließend als Soldat im Ersten Weltkrieg dienen musste?

„Im Anfang war Carlo Schmid“⁷.

Carlo Schmid wurde am 03. Dezember 1896 in Perpigna, Frankreich, geboren. Seine Mutter, Anna Erra, war Französin und sein Vater, Joseph Schmid, war Privatlehrer und Dozent an der Universität Toulouse. Kurze Zeit nach seiner Geburt siedelte die Familie nach Deutschland um und zog ab 1908 nach Stuttgart. Dort besuchte Schmid das Gymnasium und beendete es 1914 mit dem Abitur. Nach seinem Schulabschluss zog er als Soldat in den Krieg und kämpfte von 1914-1918. Anschließend begann er ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Tübingen, dessen Grundausbildung von 1919 bis 1921 er mit einem ausgezeichneten Ergebnis abschloss⁸. Während des Referendariats legte er seine Promotion 1923 mit der Arbeit „Die Rechtsnatur der Betriebsvertretungen nach dem Betriebsrätegesetz“ ab. Er ließ sich anfänglich als Rechtsanwalt nieder und wurde bereits ein Jahr nach seinem zweiten Examen als Gerichtsassessor des Landes Württemberg einberufen. 1927 wurde er Richter am Amtsgericht und später folgte die Ernennung zum Landesgerichtsrat in Tübingen. Zu seiner juristischen Ausbildung ist wohl noch zu erwähnen, dass er Referent am Kaiser-Wilhelm Institut in Berlin war und seine Habilitation 1930 erhielt, da er über die Rechtsprechung des Internationalen Gerichts schrieb.

Einer der Gründerväter der BRD und wichtiger Mitarbeiter mit und am Grundgesetz lebte in schwierigen Zeiten. Statt sein Studium direkt nach dem Schulabschluss zu beginnen, musste er in den Krieg ziehen und für etwas kämpfen, das sich seiner Überzeugung entsprach. Er erlebte auch den zweiten Weltkrieg

¹ Horst Möller, Carlo Schmid und seine Politik, in: Carlo Schmid, Frankreich und Europa 1997, S. 42.

² Horst Möller, Carlo Schmid und seine Politik, in: Carlo Schmid, Frankreich und Europa 1997, S. 43.

³ Horst Möller, Carlo Schmid und seine Politik, in: Carlo Schmid, Frankreich und Europa 1997, S. 50.

⁴ Petra Weber, Carlo Schmid und seine Politik, in: Carlo Schmid und die Deutschland- und Ostpolitik 1997, S.32.

⁵ Edgar Wolfrum, Carlo Schmid – Mitgestalter der Nachkriegsentwicklung im deutschen Südwesten, in: Deutschland, Frankreich, Europa – Frühe europapolitische Pläne Schmidts 1997, S. 48.

⁶ Gerhard Hischler, Carlo Schmid – Mitgestalter der Nachkriegsentwicklung im deutschen Südwesten, in: Carlo Schmid und das Grundgesetz. Der Beitrag Carlo Schmidts zur Entstehung der Bundesrepublik Deutschlands 1997, S. 90.

⁷ Petra Weber, Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie 1996, S.191.

⁸ Alfred Geisel, Carlo Schmid – Mitgestalter der Nachkriegsentwicklung im deutschen Südwesten, in: Wie Carlo Schmid in die Politik kam 1997, S. 26.

mit, was noch belastender für ihn gewesen sein dürfte, da er kein Sympathisant des Systems war. Er wehrte sich dagegen und versuchte sogar, Jugendliche zu mobilisieren und gründete einen „Arbeitsdienst“ in Munsingen, in dem Studenten und arbeitslose Jugendliche zusammen im Steinbruch arbeiteten, um sie präventiv vor dem Einfluss des NS Regimes zu schützen. Deshalb und aus verschiedenen anderen Gründen wurde seine Akte ab 1933 gesperrt. Schmid war gezwungen, mit dem ihm verhassten Regime zu kooperieren und trat dem Bund nationalsozialistischer Juristen bei, um einer Entlassung zu entgehen.

Aufgrund dieser Erlebnisse war es für ihn umso wichtiger, beim Aufbau der BRD mitzuwirken und diesen negativen Auswüchsen in Zukunft keinen Raum mehr zu geben. Sein Einfluss als Jurist aber gerade auch als Politiker ist für heute von unermesslichen Wert. Es war für ihn ein besonderes Anliegen, geprägt von den negativen Erfahrungen, die er machen musste, das zukünftige Leben der Menschen so zu bestimmen, dass ihnen diese Erfahrungen erspart blieben. Er sollte Recht behalten. In Europa gibt es seit 70 Jahren keinen Krieg mehr;

dies war vorrangiges Ziel von Schmid's Anregungen. Er war ein Visionär und träumte schon damals von einem vereinten und friedvollen Europa. Entscheidend war für ihn die Beziehung zu anderen Ländern, nach Frankreich aber ebenso in die Sowjetunion, um Frieden zu stiften. Auch wenn Schmid es nicht mehr persönlich miterlebte, wie sich Deutschland 1989 vereinte und Europa knapp zehn Jahre später folgte, so ist er doch Wegbereiter für diesen Schritt gewesen. Von manchen wird er als „Architekt des Grundgesetzes“ bezeichnet und sein Bauwerk bleibt für immer.

„Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“⁹

Carlo Schmid nahm sich die Worte Goethes sehr zu Herzen und bleibt uns heute als „heimlicher Vater des freiheitlichen Deutschlands“¹⁰ in Erinnerung.

Die Autorin ist Studentin der Rechtswissenschaften an der Alberts-Ludwig-Universität in Freiburg im dritten Semester.

⁹ Johann Wolfgang von Goethe, Faust. Eine Tragödie 1808.

¹⁰ Petra Weber, Carlo Schmid und seine Politik, in: Carlo Schmid und die Deutschland- und Ostpolitik 1997, S. 31.